

Falsche Ernährung begünstigt Krebs

Anlässlich des morgigen Weltkrebstages warnen Experten vor dem erhöhten Krebsrisiko durch Übergewicht. Allein in Deutschland ist mehr als jeder Zweite zu dick.

BERLIN. Wie die Deutsche Krebsgesellschaft gestern mitteilte, haben Übergewichtige ein deutlich erhöhtes Risiko, an Nieren-, Speiseröhren-, Brust-, Dickdarm- und Gebärmutterkrebs zu erkranken. Dies zeigen mehrere große Studien. Experten schätzen demnach, dass etwa 20 bis 40 Prozent aller Krebsfälle auf Übergewicht und falsche Ernährung zurückzuführen sind.

In Deutschland ist Studien zufolge mehr als jeder Zweite zu dick. Dabei habe sich die Fettleibigkeit (Adipositas) junger Erwachsener in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. Der Präsident der Deutschen Krebsgesellschaft, Prof. Werner Hohenberger, nannte diese Entwicklung „besorgniserregend“.

Nur ein Drittel aller Männer und die Hälfte aller Frauen sind in Deutschland normalgewichtig. Von den 1,9 Millionen übergewichtigen Kindern zwischen drei und 17 Jahren gelten etwa 800 000 als adipös. Vor allem ältere Menschen sind von schwerem Übergewicht betroffen: Unter den über 60-Jährigen gilt fast jeder Dritte als adipös. Um weltweit die Menschen auf die Folgen von Übergewicht aufmerksam zu machen, hat die Weltkrebsorganisation (IICC) den diesjährigen Weltkrebstag unter das Motto: „Übergewicht erhöht das Krebsrisiko – achten Sie deshalb auf eine ausgewogene Ernährung und ausreichend Bewegung ihrer Kinder!“ gestellt. Damit sollen noch mehr Menschen als bisher zu gesunder Lebensweise motiviert werden.

Handwerk wirbt um Migranten

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, will der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) verstärkt junge Ausländer ausbilden.

BERLIN. Das Handwerk will intensiver um junge Ausländer und Schulabgänger mit Migrationshintergrund werben, um Nachwuchs- und Fachkräftemangel vorzubeugen. Dazu erarbeitete das ZDH einen neuen Integrationsatlas, der gestern vorgestellt wurde. Handwerkspräsident Otto Kentzler betonte, dass durch den Atlas „Vielfalt in Deutschland zu dem werden kann, was es ist: ein Gewinn für alle“. Laut dem Integrationsatlas bildet das Handwerk bereits jetzt prozentual mehr ausländische Jugendliche aus als alle anderen Branchen. Die Ausländerquote bei Lehrlingen liege hier bei 4,8 Prozent, bei Handel und Industrie bei 3,7 Prozent und im Öffentlichen Dienst bei 1,7 Prozent. Vorgestellt wurde der Integrationsatlas gestern vor dem Lenkungsausschuss des Ausbildungsabkommens in Berlin, dem mehrere Bundesminister und Vertreter der Wirtschaft sowie der Bundesanstalt für Arbeit angehören. Medienberichten zufolge beklagen dessen Mitglieder Defizite bei der Ausbildungsfähigkeit Jugendlicher aus Migrantenfamilien. „Nach wie vor besteht erheblicher Handlungsbedarf zur Verbesserung der Ausbildungsvoraussetzungen und -chancen junger Migrantinnen und Migranten“, hieß es. TA/AP

Kandidaten für Magdeburg

Evangelische Kirche in Mitteldeutschland nominiert zwei Bewerber aus westdeutschen Landeskirchen



Frau Junkermann, was verbindet Sie mit Thüringen?

Die Evangelische Landeskirche Württemberg war lange Partnerkirche der Thüringer Landeskirche. So waren wir mit Ausbildungskursen regelmäßig im Predigerseminar in Eisenach. Abgesehen davon kenne ich Meinungen und Königsee als unsere Thüringer Partnergemeinde aus meiner Zeit als Pfarrerin in Stuttgart-Degerloch und Bad Cannstatt.

Worin sehen Sie die größten Herausforderungen?

Nach der Fusion von Thüringer Landeskirche und Kirchenprovinz Sachsen will ich auf Gemeinsamkeiten setzen. Ich will die Zuversicht erhalten, die von dieser vitalen Kirche ausgeht. Ich muss die neue Kirche auch auf Konflikte vorbereiten. So

sind viele finanzielle Kürzungen beschlossen worden, die nun umgesetzt werden. Das kann zu Kränkungen führen.

Verlegen Sie den Bischofsitz nach Erfurt?

Die Entscheidung über den Sitz des Bischof in Magdeburg und des Kirchenamtes in Erfurt war eine schwierige Entscheidung. Das will ich nicht ändern. Die neue Bischöfin wird nun deutlich Präsenz zeigen und die verschiedenen Regionen gleichberechtigt im Blick haben. Vor Ort gehen, sehen und hören, das ist vorrangig kirchenleitende Aufgabe, um dann Prozesse an der Basis aufzunehmen, zu unterstützen und zu fördern. Eine Bischöfin ist Bischöfin für die ganze Kirche, wird aber im Kollegium gemeinsam von den Regionalbischöfen unterstützt.

Werden Sie den Evangelischen Kirchentag einladen?

Denkbar ist alles. Die Einladung muss man intensiv mit den Städten beraten. Darüber hinaus muss man sich im Klaren sein, welches Zeugnis ein derartiger Kirchentag in die EKD tragen kann.

Für das Amt des neuen Bischofs in der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) stehen nun zwei Kandidaten zur Wahl. Demnach sind Ilse JUNKERMANN (51) aus Stuttgart und Dr. Thomas ZIPPERT (48) aus Schwalmstadt (Hessen) von der Wahlkommission vorgeschlagen worden. Mit Ilse Junkermann, die seit 1997 das Dezernat Ausbildung und Personal der Landeskirche Württemberg leitet, bewirbt sich in Mitteldeutschland erstmals eine Frau um die Spitze der Landeskirche. Die Wahl des neuen Würdenträgers soll am 20. März in Wittenberg stattfinden. Die Einführung in das auf zehn Jahre befristete Bischofsamt ist für den 29. August im Dom zu Magdeburg geplant. Landesbischof Christoph Kähler wird am 1. Juni in Eisenach verabschiedet, Bischof Axel Noack am 7. Juni.

Herr Zippert, was verbindet Sie mit Thüringen?

Ich habe über den Dichter, Philosophen und Theologen Johann Gottfried Herder promoviert. Insofern war ich oft in Weimar zu Besuch, aber ich bin dort nicht zu Hause. Als Pfarrer der Landeskirche von Kurhessen-Waldeck habe ich eine Verbindung zu unserem Thüringer Sprengel Schmalkalden. Natürlich war ich auch schon ein paar Mal dort.

Worin sehen Sie die größten Herausforderungen?

Eine wichtige Aufgabe in der neuen Kirche besteht darin, die beiden Regionen zusammenhalten. So will ich den Einheitsprozess zwischen der einstigen Thüringer Landeskirche und der Kirchenprovinz Sachsen fördern, aber mit verminderter Geschwindigkeit. Von außen betrachtet schien die Fusion mit einem erstaunlichen Tempo voranzuschreiten. Da will ich nun Ruhe reinbringen.

Verlegen Sie den Bischofsitz nach Erfurt?

Die Entscheidung über den



Sitz des künftigen Bischofs in Magdeburg und des Kirchenamtes in Erfurt war wohl einer der schwierigsten Kompromisse im Fusionsprozess. Den werde ich nicht anrühren. Vielmehr wird der neue Bischof als ein Reisender unterwegs sein. Ohnehin werde ich die Verantwortung gemeinsam mit den Regionalbischöfen tragen.

Werden Sie den Evangelischen Kirchentag einladen?

Es gibt in nächster Zeit verschiedene Jubiläen, die Anlass für ein derartiges Großereignis sein könnten. So wäre zum Beispiel das Jubiläum zur Erinnerung an 500 Jahre Reformation im Jahre 2017 denkbar. Allerdings sollte der Kirchentag dann auf mehrere Orte verteilt werden.

Gespräche: Karsten JAUCH

THÜRINGEN

Mehr Erzieher für Kindergärten

Die Thüringer CDU will heute ihre Eckpunkte für das Regierungsprogramm vorstellen: 2009 sollen mehr Erzieher eingestellt und der Schuldenberg abgebaut werden.

Von Ines KLEIN

ERFURT. Wenn Thüringens CDU heute die Eckpunkte für ihr Regierungsprogramm präsentiert, dann wird auch von einem Verschuldungsverbot die Rede sein. In der Verfassung will die CDU festschreiben, dass künftig nur in Notfällen Schulden gemacht werden dürfen – die Finanzkrise gilt freilich als solche Ausnahme.

Ob das Schuldenverbot allerdings eine Mehrheit im Landtag finden wird, entscheidet der Wähler. Ihm verspricht die CDU eine bessere Kinderbetreuung. Dazu sollen Erzieherinnen eingestellt werden. Wie viele ist offen, genauso wie die Frage, wer die Betreuer bezahlt. Die Kommunen jedenfalls winken ab.

Auch um Studenten bemüht sich die Thüringer Regierungspartei. Studiengebühren soll es keine geben, zumindest vorerst nicht. Irgendwann einmal, da könnte man sie schon einführen. Wohl auch deshalb verzichtete die CDU am vergangenen Freitag im Landtag mit der Macht ihrer Mehrheit darauf, das Verbot von allgemeinen Studiengebühren in die Thüringer Verfassung aufzunehmen.

Die Eckpunkte des Regierungsprogramms müssen nun auf fünf Regionalkonferenzen bestehen. An dessen Ausarbeitung hatte Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) maßgeblichen Anteil, wie es aus der Geschäftsstelle heißt. Die Präsentation bleibt Vize-Landeschefin Birgit Diezel und Fraktions-Chef Mike Mohring vorbehalten. Die CDU ist damit die letzte der im Landtag vertretenen Parteien, die ihr Regierungsprogramm vorstellt.

Kritik an Fashion-Week

ERFURT. Der Vorstand der Internationalen Martin-Luther-Stiftung mit Sitz in Erfurt hat die Nutzung der Berliner Zionskirche während der Fashion-Week in der vergangenen Woche kritisiert. „Man wünscht sich einen couragierten Christen herbei, der so energisch wie Jesus gegenüber den Geldwechslern im Jerusalemer Tempel einem solchen Jahrmakel der Eitelkeiten ein Ende gesetzt hätte“, sagte Stiftungsvorstand Thomas A. Seidel. Der evangelische Pfarrer ist davon überzeugt, dass die Theologie und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer, der in dieser Kirche gewirkt hat, eine solche geist- und pietätlose Umnutzung des Gotteshauses nicht zugelassen hätte.

Lehrer streiken nach Ferien

ERFURT. Die Lehrer in Thüringen wollen unmittelbar nach den Ferien für mehr Lohn streiken. Wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, kurz GEW, mitteilte, seien an den Schulen im Freistaat Warnstreiks am 11. und 12. Februar geplant. Sachsens Pädagogen wollen bereits heute und morgen streiken. Mit den Warnstreiks will die GEW im laufenden Tarifstreit Druck auf die Arbeitgeber ausüben. Die Gewerkschaft verlangt acht Prozent mehr Lohn. Die Tarifgemeinschaft der Länder hatte bisher kein Verhandlungsangebot vorgelegt. Am 14. Februar soll die Verhandlung fortgesetzt werden. Kurz vor den Gesprächen wird dann auch in Sachsen-Anhalt und in Thüringen zu Warnstreiks an den Schulen aufgerufen.

Der Drache

Warum das Eisenacher St. Georg-Krankenhaus vor einem privaten Klinik-Konzern zittert

Die Nachricht klingt gut in einem vom Ärztemangel gebeutelten Land: Die Hamburger Marseille-Kliniken AG will in Eisenach ein neues Krankenhaus bauen. Doch der Jubel über das millionenschwere Projekt hält sich bislang in Grenzen.

Von Malte WICKING und Michael WASNER

EISENACH. Das St. Georg-Klinikum ist ein christliches Krankenhaus. Aber in Zeiten wie diesen, da wünschen sie sich in Eisenach, der heilige Georg würde sich aus dem Namen in einen Ritter mit gleißender Rüstung, mit Schild, Schwert und Lanze verwandeln. Vielleicht könnte der ja den unliebsamen Konkurrenten aus Hamburg abwehren.

Peter Paul Gardosch von Krosgig hat nicht vor, sich vertreiben zu lassen. Der 50-Jährige ist Vorstand der Marseille-Kliniken AG mit Sitz an der Alster. Er will ein Fachkrankenhaus für Frauen mit Blasenschwäche in Eisenach bauen. „Es gibt Krankheiten“, sagt Gardosch, „über die spricht man nicht. Inkontinenz gehört dazu.“

Für Patienten ist das Thema ein Tabu, nicht aber für die Industrie: Sie macht große Gewinne mit Hilfsmitteln wie Slip-Einlagen oder Windeln. Da wittert auch das operierende Gewerbe Profit. In einer Kalkulation für das Thüringer Gesundheitsministerium, die TA vorliegt, rechnet Gardosch schon mal großzügig die Zahl der Eingriffe für die geplante „Anna-Amalia-Klinik“ vor: Anfangen wolle man mit 1500 OPs im Jahr, später sollen es mehr als 4000 sein. Die Zahl der Mitarbeiter in dem 60-Betten-Haus – anfangs 25 Ärzte, Pfleger und Sachbearbeiter – werde sich innerhalb von fünf Jahren mehr als verdoppeln.

Die Idee ist simpel und Trend im Krankenhaus-Sektor: leichtere Fälle einer medizinischen Disziplin in kleineren Zentren gewinnbringend behandeln.

In der Branche geht mittlerweile die Angst vor einer Rosinenpickerei um. Drängeln sich kleinere, oftmals private Kliniken in den umkämpften Markt, nehmen sie bestehenden Häusern Patienten weg. Immer wieder beweisen Studien, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen der Zahl von Behandlungen, die ein Arzt oder eine Klinik jährlich ausführen, und dem Behandlungserfolg. Thüringer Krankenkassen warnen deshalb vor einem Qualitätsabfall.

Ursprünglich hatte Marseille Nordhausen und Weimar als Standort im Auge. Inzwischen ist der Klinik-Konzern aber auf Eisenach umgeschwenkt. Das



GELD-QUELLE MEDIZIN: Gewinne durch lukrative Spezialbehandlungen?

Problem: Es gibt dort bereits ein Krankenhaus, das St. Georg – erst im September 2008 wurde im Haus das „Westthüringische Beckenbodenzentrum“ eröffnet, das sich um Inkontinenz-Patienten kümmert.

„Wir nehmen niemandem was weg“, sagt Gardosch und verweist auf eine Studie, die sein Konzern beim Deutschen Krankenhausinstitut in Auftrag gegeben hat: Demnach kämpfen rund 70 000 der 1,2 Millionen Frauen im Freistaat mit Harninkontinenz – etwa 30 000 könnten mit einer OP geholfen werden.

Glaubt man den Angaben, dann ergibt sich daraus ein Fallpotenzial von 12 000 Eingriffen. Tatsächlich würden aber thüringenweit nur zirka 3700 Operationen durchgeführt.

Die rund 600 Mitarbeiter im St. Georg beruhigt das nicht. Viele sprechen von „feindlicher Übernahme“. Während die einen mit lukrativen Spezialbehandlungen Gewinne einfahren, drohen anderen wirtschaftliche Schwierigkeiten, weil sie das volle Spektrum und die weniger geldbringenden, komplizierten Fälle behandeln. Die hastige Zu-

lassung neuer Mini-Kliniken, so die Befürchtung, könnte damit das Netz aus Krankenhäusern ausdünnen. Zu Lasten von Patienten, für die sich die Anfahrtswege zur nächsten Klinik weiter verlängern. Zu Lasten des Steuerzahlers, weil bankrotte Hospitäler auch in den Sand gesetzte Fördermittel bedeuten.

Was komplizierte und damit teure Behandlungen angeht, hat der Marseille-Konzern bereits eine Beruhigung für seine Aktionäre parat: In einem internen Papier, das TA vorliegt, spricht man sich vorsorglich dafür aus,

entsprechende Patienten nach Jena weiterzuleiten und wirbt für eine „Kooperation“ mit der Uniklinik. In Jena weiß man davon allerdings noch nichts. Bislang sei es nur um Zusammenarbeit auf wissenschaftlicher Ebene gegangen, heißt es.

Nach TA-Information gab es erste Absprachen mit Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) und Staatssekretär Falk Oesterheld im September. Oesterheld wiederum warb für das Konzept kurz darauf im Krankenhausplanungsausschuss. Dort konnten sich Kliniken, Kassen, Kommunen und Ärzten zunächst nur auf eine Arbeitsgruppe einigen. Diese soll nun bis Ende Februar eine Empfehlung geben.

Pikantes Detail: Berater des Klinik-Konzerns ist Thüringens Ex-Kultusminister Jens Goebel. Als eines von sechs Mitgliedern sitzt der CDU-Politiker, der zugleich noch Landtagsabgeordneter ist, seit Juli 2008 im wissenschaftlichen Beirat der Aktiengesellschaft. Angegeben hat Goebel seine neue Nebentätigkeit auf der Internetseite des Landtages nicht. Wie viel Honorar er für seine Arbeit im Marseille-Beirat bekommt, darüber schweigt er. Mit dem Eisenacher Projekt, so Goebel, habe er gar nichts zu tun: „Ich habe mich nicht aktiv eingebracht.“

Kommt die Arbeitsgruppe des Planungsausschusses zum Ergebnis, Inkontinenz-Patienten würden im Freistaat nicht ausreichend versorgt, gilt es als sicher, dass Marseille in den Krankenhausplan aufgenommen wird.

Das Papier legt fest, wie viele Hospitäler landesweit notwendig sind. Steht eine Klinik im Plan, müssen die gesetzlichen Kassen zahlen, wenn sich Versicherte dort behandeln lassen. Zudem hat das Hospital dann Anspruch auf Investitionen aus der Landeskasse. Thüringens Gesundheitsministerin Christine Lieberknecht (CDU) hat der Chef-Etage an der Alster kürzlich schon mal satte 40 Millionen Euro in Aussicht gestellt. SPD-Politiker Heiko Gentzel bringt es auf den Punkt: „Warum das Land erst mit viel Steuermitteln ein Krankenhaus aufbaut, um ihm dann mit Steuergeld Konkurrenz zu machen, ist unverständlich.“

Querelen drohen dem Land in jedem Fall. Lässt man die neue Klinik zu, könnten Konkurrenz-Häuser gegen diese Entscheidung klagen. Landet das Marseille-Konzept dagegen im Papierkorb, könnte der Konzern den Freistaat vor das Verwaltungsgericht ziehen – nichts Ungewöhnliches. In Bayern lag das private Krankenhausimperium der Familie Schön wegen einer neuen Herzchirurgie im Clinch mit dem dortigen Sozialministerium. Und gewann.